

## Österreichs Geldbeutel in der Krise: Gebührenerhöhungen ab 1. April!

Ab dem 1. April 2025 erhöhen sich in Österreich verschiedene Abgaben und Gebühren zur Budgetkonsolidierung, darunter Gerichts- und Wettgebühren.



**Vienna, Österreich** - Ab dem 1. April 2025 treten in Österreich eine Reihe neuer Abgaben und Gebühren in Kraft. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, das österreichische Budget zu sanieren und die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Laut **vienna.at** wird beispielsweise die Gerichtsgebühr um 23 Prozent erhöht, was verschiedene Bereiche betrifft, darunter Pauschalgebühren in zivilgerichtlichen Verfahren bis 350.000 Euro sowie Gebühren für einvernehmliche Scheidungen und Eintragungen im Firmenbuch.

Die Wettgebühren steigen ebenfalls von 2 auf 5 Prozent. Dies soll dem Bund zusätzliche Einnahmen von 50 Millionen Euro

bringen. Auch die Tabaksteuer wird angepasst, was zu einer Preiserhöhung von 20 bis 50 Cent pro Zigarettenspackung führt und weitere 50 Millionen Euro in die Kassen des Staates spülen soll. Zudem müssen Elektroautos künftig der regulären motorbezogenen Versicherungssteuer unterliegen, was dem Budget einen zusätzlichen Betrag von 65 Millionen Euro einbringen soll.

## **Erhebliche Änderungen bei Steuerbefreiungen**

Ein weiterer markanter Schritt ist die Entfallung der Mehrwertsteuerbefreiung für Photovoltaikmodule. Ab sofort gilt der reguläre Steuersatz von 20 Prozent, was mit zusätzlichen Einnahmen von 175 Millionen Euro für den Staat gerechnet wird. Auch die Bildungskarenz wird reformiert; sie kann nur noch bis zum 28. Februar vereinbart werden und muss bis zum 31. Mai beginnen, was dem Staat geschätzte Einsparungen von 350 Millionen Euro bringen soll.

Zusätzlich wird eine Bankenabgabe eingeführt, die bis zu 350 Millionen Euro einbringen soll. Die Elektrizitätswirtschaft wird durch einen Standortbeitrag von 200 Millionen Euro belastet. Diese finanziellen Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Plans, der am 7. März 2025 vom Nationalrat beschlossen wurde und im Bundesgesetzblatt am 18. März 2025 veröffentlicht wurde, wie [wko.at](https://www.wko.at) berichtet.

## **Fiskalische Maßnahmen im Detail**

- **Gerichtsgebühren:** Anstieg um 23 Prozent für bestimmte Verfahren.
- **Wettgebühren:** Erhöhung auf 5 Prozent, erwartet 50 Millionen Euro Mehreinnahmen.
- **Tabaksteuer:** Preiserhöhung um 20 bis 50 Cent pro Packung, 50 Millionen Euro Einnahmen.
- **Motorbezogene Versicherungssteuer:** Elektroautos

unterliegen dieser Steuer mit 65 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen.

- **Photovoltaik Mehrwertsteuer:** Regelsteuersatz von 20 Prozent ab sofort, 175 Millionen Euro zusätzlich.
- **Bildungskarenz:** Einsparungen von 350 Millionen Euro durch neue Regelungen.
- **Bankenabgabe:** Bis zu 350 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen.
- **Standortbeitrag der Elektrizitätswirtschaft:** 200 Millionen Euro.

Diese Änderungen sind Teil eines fortlaufenden Prozesses zur Budgetkonsolidierung, die nicht nur die aktuellen Einnahmen maximieren, sondern auch langfristige Stabilität und Planungssicherheit für den österreichischen Staat gewährleisten soll. Das gesamte Maßnahmenpaket ist in den Dokumenten des **Bundesministeriums für Finanzen** detailliert ausgeführt.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Vienna, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.vienna.at">www.vienna.at</a></li><li>• <a href="http://www.wko.at">www.wko.at</a></li><li>• <a href="http://www.bmf.gv.at">www.bmf.gv.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**